

Verbindliche gemeinsame Streitschlichtung gewünscht

Wichtigstes in Kürze



Studie im Auftrag von Interpharma,
März/April 2018

Projektteam

Urs Bieri Politik- und Medienwissenschaftler

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschaftler

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Daniel Bohn Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Katrin Wattenhofer Politikwissenschaftlerin

José Kress Soziologe

Bern, 20. April 2018
Copyright by gfs.bern

Mandat

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer fünften Studie in der Projektreihe "Zukunft Bilaterale". Hauptziel dieser Reihe ist, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten.

Um eine differenzierte Zielgruppenanalyse vornehmen zu können, wurden erneut 2'500 Personen befragt. 20 Prozent davon per Handy. Alle Befragten wurden mittels eines "Random Digit Dialing (RDD) Verfahrens" ausgewählt.

Das vorliegende "Wichtigste in Kürze" soll interessierten Lesern einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Alle Resultate der Studie, insbesondere nach Merkmalsgruppen, werden im Anschluss in einem Schlussbericht aufbereitet.

Folgende Tabelle bietet eine Übersicht über die wichtigsten Resultate aus der Studie:

Tabelle 1

Übersicht über wichtigste Resultate

Thema	Verteilung Stimmberechtigte	Verteilung Teilnahmewillige
Bilaterale (Vor-/Nachteile)	Vorteile: 49% Nachteile: 18%	
VI Kündigung PFZ (Stimmabsicht)		dafür: 27% dagegen: 61%
Selbstbestimmungsinitiative (Stimmabsicht)		dafür 43% dagegen: 45%
Anpassung bestehende Verträge: nicht automatisches, aber verbindliches Verfahren	dafür: 68% dagegen: 22%	
Gemeinsames Schiedsgericht	unterstützt: 54%	

© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500/n = 1467/n_{SBI} = 1277)

Wirtschaftliche Vorteile werden wieder stärker gewichtet

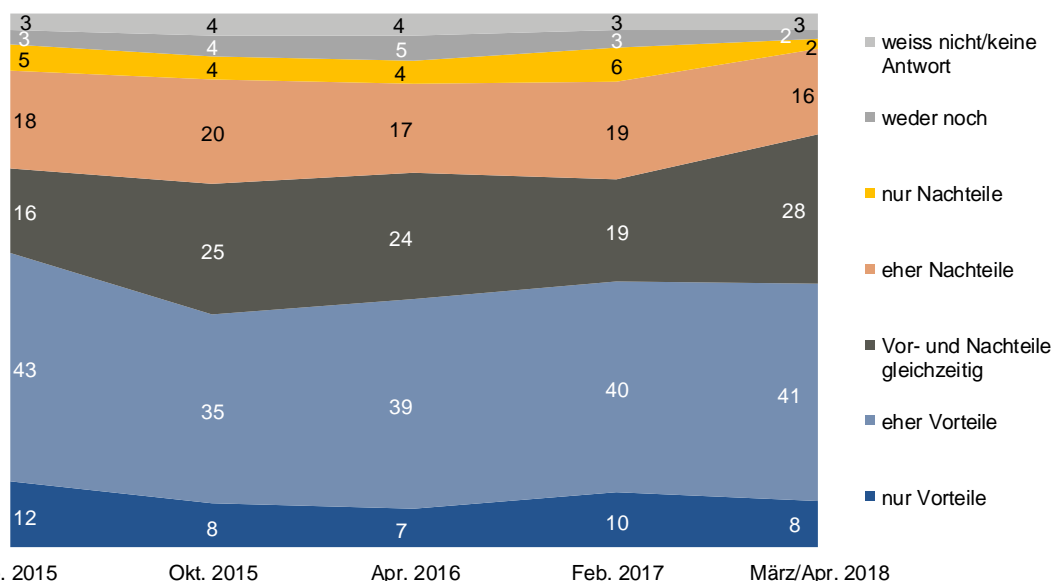
Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sind aus Sicht der Schweizer Stimmberechtigten ein Erfolgsprodukt:

Grafik 1

Trend Einschätzung bilaterale Verträge

"Sprechen wir nun über die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU. Die Schweiz hat in den letzten Jahren mit der EU bilaterale Verträge abgeschlossen. Diese regeln unter anderem den Warenaustausch, die Personenfreizügigkeit, aber auch die Grenzkontrolle. Ganz generell: Sehen Sie in den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Sagen Sie mir bitte, ob Sie nur Vorteile, eher Vorteile, eher Nachteile oder nur Nachteile sehen."

in % Stimmberechtigter



Feb. 2015 Okt. 2015 Apr. 2016 Feb. 2017 März/Apr. 2018

© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N jeweils ca. 2500)

Aktuell sehen 49% aller Schweizer Stimmberechtigten in den Verträgen hauptsächlich Vorteile, während sichtbar geschrumpfte 18% eine gegenteiligen Sicht einnehmen. Angewachsen ist im Gegenzug die Gruppe, welche Vorteile und Nachteile in der Balance sieht. Insgesamt ist damit das Bild zu den Bilateralen 2018 positiver als noch vor einem Jahr.

Insgesamt bleibt diese Einschätzung aber stark geprägt durch parteipolitische Affinitäten: Unter SVP-SympathisantInnen überwiegt der Anteil mit Nachteils-sicht, während SympathisantInnen aller anderen grossen Parteien deutlich eine Vorteilssicht in den Vordergrund stellen. Zugenommen hat die Dominanz einer Vorteilssicht gerade auch unter Parteiungebundenen.

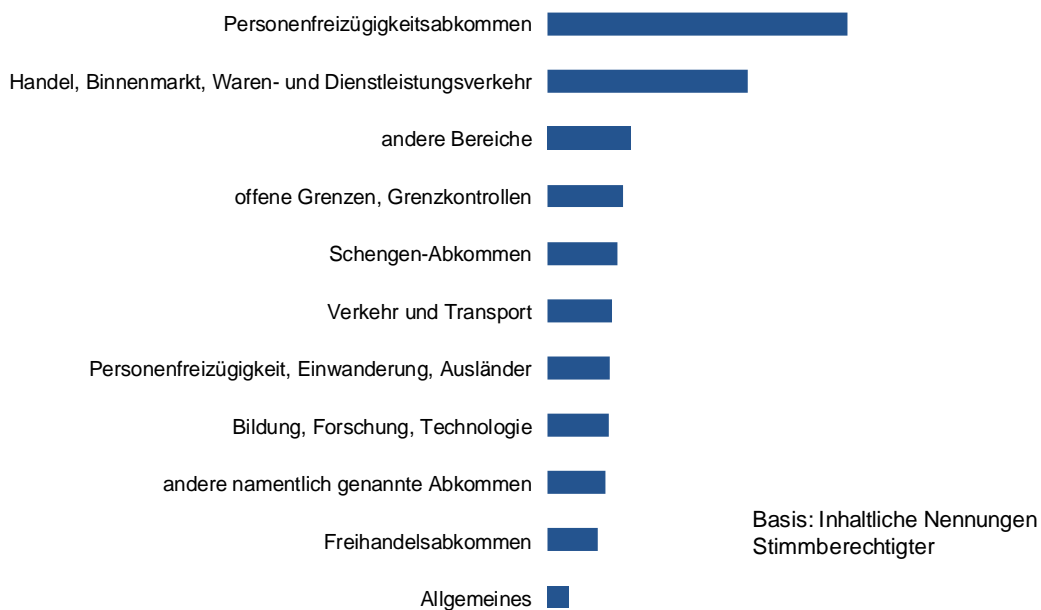
Nach wie vor unterscheidet sich die italienischsprachige Schweiz deutlich von der restlichen Schweiz. In dieser Sprachregion sehen nur gerade 21% aller Stimmberechtigten ein Überwiegen der Vorteile, während die grösste Gruppe Vor- und Nachteile gleichermassen einschätzt.

Diese Verschiebung hin zu einer positiveren Beurteilung der Bilateralen Verträge hat verschiedene Ursachen.

Eine erste finden wir mit einem Blick auf den Kenntnisstand gegenüber den Vertragsinhalten:

Verträge mit der EU

"Die bilateralen Abkommen mit der EU umfassen mehrere einzelne Verträge. Können Sie mir sagen, welche Verträge die Schweiz mit der EU abgeschlossen hat? Wenn Sie das nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig."



weiss nicht/keine Antwort/kann keine Verträge nennen
 © gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

So können rund 50% aller Schweizer Stimmberechtigten spontan keine einzelnen Verträge aus dem Gesamtpaket benennen. Am meisten Bekanntheit, wenn auch minderheitliche, genießt das Personenfreizügigkeitsabkommen, gefolgt von den Abkommen zum Waren- und Dienstleistungsverkehr. Damit sind die Bilateralen Verträge relativ wenig mit breiten Dossierkenntnis verknüpft. Nichts desto trotz: wenn die Teilverträge einzeln vorgestellt werden, gibt es aus mehrheitlicher Sicht der Schweizer Stimmberechtigten keinen Vertrag, der mehrheitlich als unwichtig eingestuft wird. Der Kenntnisstand zu den einzelnen Verträgen und die Fokussierung auf den Vertrag zur Personenfreizügigkeit folgt also eher der öffentlichen Diskussion, als einer Relevanzzuordnung.

Eine zweite Ursache finden wir mit Blick auf die spontane Beurteilung der Zuwanderungsdiskussion. Auch wenn diese nach wie vor eine Polarisierung in der Schweizer Bevölkerung auslöst, finden wir doch verstärkt die Äusserung, dass die Zuwanderung zurückgeht und sich damit die Probleme leicht entschärfen.

Grafik 3

Trend Pro-Argumente rund um Bilaterale

"Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

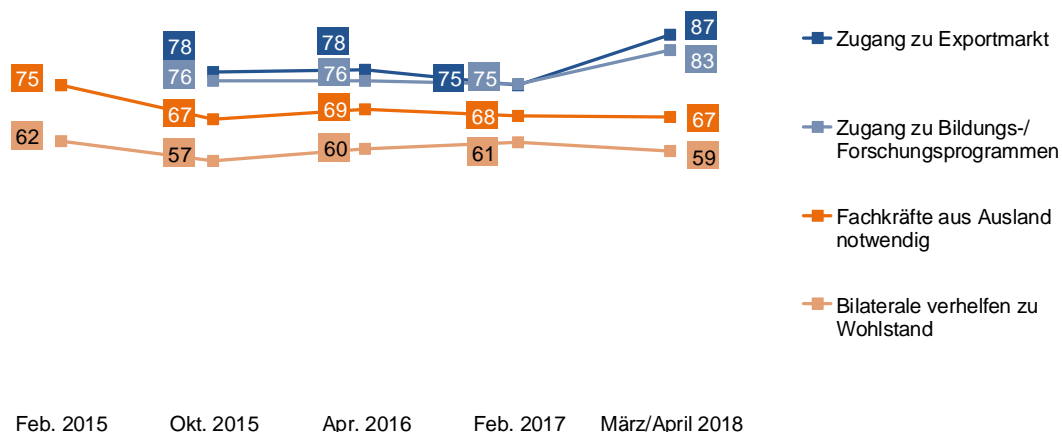
Zugang zu Exportmarkt "Die bilateralen Verträge sichern der Wirtschaft Zugang zum wichtigsten Exportmarkt."

Zugang zu Bildungs-/Forschungsprogrammen "Dank den bilateralen Verträgen hat die Schweiz Zugang zu den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU."

Fachkräfte aus Ausland notwendig "Die Schweiz ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen."

Bilaterale verhelfen zu Wohlstand "Die bilateralen Verträge verhelfen der Schweiz zu Wohlstand."

in % Stimmberechtigter, Anteil voll/eher einverstanden



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N jeweils ca. 2500)

So stossen gerade die Ansichten, dass die Bilateralen Verträge der Schweizer Wirtschaft den Zugang zum wichtigsten Exportmarkt und zu Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU sichern, auf einen deutlichen und stark angewachsenen Sukkors. Sichtbar mehrheitlich betont werden auch die Ansichten, dass wir auf ausländische Fachkräfte angewiesen sind und die Bilateralen uns zu Wohlstand verhelfen.

Trend Contra-Argumente rund um Bilaterale

"Wir haben hier einige Argumente aus der politischen Diskussion in der Schweiz rund um diese bilateralen Verträge mit der EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

einheimische Löhne unter Druck durch PFZ "Durch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU geraten die einheimischen Löhne unter Druck."

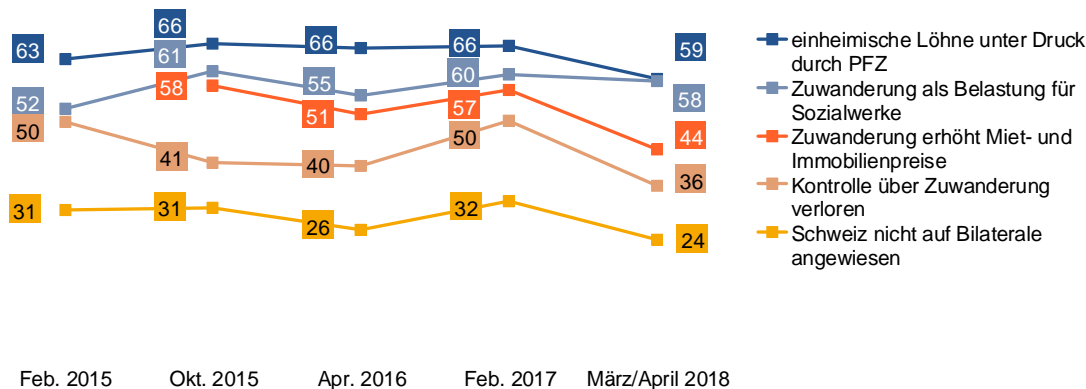
Zuwanderung als Belastung für Sozialwerke "Die Zuwanderung aus der EU wird zur grossen Belastung für unsere Sozialwerke."

Zuwanderung erhöht Miet- und Immobilienpreise "Die Zuwanderung aus der EU treibt die Miet- und Immobilienpreise in die Höhe."

Kontrolle über Zuwanderung verloren "Die Schweiz hat die Kontrolle über die Zuwanderung verloren."

Schweiz nicht auf Bilaterale angewiesen "Die Schweiz ist nicht auf die bilateralen Verträge angewiesen."

in % Stimmberechtigter, Anteil voll/eher einverstanden



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N jeweils ca. 2500)

An Zustimmung verloren haben im Vergleich zu 2017 hingegen fast alle Contra-Argumente. So gehen neu nur noch Minderheiten davon aus, dass die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren hat resp. die Zuwanderung zu erhöhten Miet- und Immobilienpreise führt. Ebenso erodiert, wenn auch immer noch mehrheitlich, ist die Ansicht, dass die Personenfreizügigkeit die einheimischen Löhne unter Druck setzt. Einzig mehrheitlich stabil verbleibt die Ansicht, dass dieser Druck auf die Sozialwerke wirkt. Klar minderheitlich bleibt auch 2018 die Ansicht, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist. Gerade dieses Argument und die leichte Erosion ist dabei zentral: Die Vorstellung, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist, führt statistisch nachweisbar verstärkt zu einer kritischen Sicht gegenüber den Bilateralen – schrumpft dieses Gefühl, schrumpft in der Folge auch die Nachteilssicht gegenüber dem gesamten Vertragspaket.

Verbindliche gemeinsame Streitschlichtung gewünscht

Nicht-automatische, aber für beide Seiten verpflichtende Anpassungen an Verträgen bei technischen Entwicklungen, um den wechselseitigen Marktzugang weiterhin zu gewährleisten, sind klar mehrheitsfähig:

Grafik 5

Anpassung an neue Normen

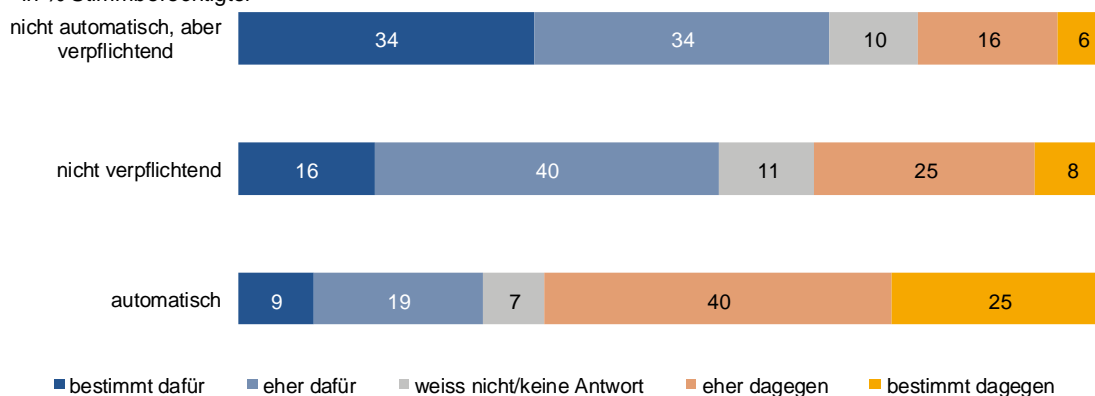
"Bei den Verträgen, die den Marktzugang der Schweiz in der EU sicherstellen, gibt es aufgrund von technischen Entwicklungen (z.B. neue Normen für Produkte) immer wieder Anpassungsbedarf. Heute werden solche Aktualisierungen von den sog. gemischten Ausschüssen, bestehend aus Vertretern der Schweiz und der EU, beschlossen und umgesetzt. Weder die Schweiz noch die EU sind verpflichtet, solche Anpassungen vorzunehmen. Werden sie nicht vorgenommen, so kann dies zu Problemen beim wechselseitigen Marktzugang führen, da dann in der Schweiz und der EU jeweils unterschiedliche Normen gelten. Für die Anpassung an neue Normen gibt es mehrere Möglichkeiten: Bitte sagen Sie mir zu jeder Möglichkeit, ob Sie bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen sind."

nicht automatisch, aber verpflichtend "Anpassungen sollen wie bisher nicht automatisch erfolgen, neu aber für beide Seiten verpflichtend sein. Damit ist der wechselseitige Marktzugang auch bei neuen technischen Normen garantiert."

nicht verpflichtend "Anpassungen sollen wie bisher nicht verpflichtend sein. Damit kann es allerdings bei unterschiedlichen technischen Normen zu Schwierigkeiten beim Marktzugang kommen."

automatisch "Anpassungen sollen automatisch übernommen werden, ohne dass über jede Anpassung einzeln entschieden wird."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

Über zwei Drittel votieren für ein solches Vorgehen. Im Umkehrschluss lehnen fast so viele Stimmberechtigten einen Automatismus ab, bei dem nicht über jede Anpassung einzeln entschieden werden kann,

Mehrheitlich akzeptiert, aber weniger stark gewünscht werden nicht verpflichtende Anpassungen, bei denen es zu Schwierigkeiten beim Marktzugang kommen kann.

Auf Basis dieser mehrheitlichen und leicht gewachsenen Betonung von wirtschaftlichen Vorteilen und leichter Erosion von gesellschaftlichen Nachteilen entstehen leicht veränderte Schwerpunktsetzungen gegenüber der Weiterentwicklung der Bilateralen Verträge:

Grafik 6

Sicht auf Beziehung Schweiz und EU

"In der Diskussion über die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU wird auch immer wieder über die Rolle der EU diskutiert. Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen rund um die Rolle der EU. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind."

Verfahren zur Streitbeilegung "Es ist wichtig, dass wir bei Streitigkeiten über bestehende Verträge ein Verfahren zur Streitbeilegung haben."

Schweiz auf EU angewiesen "Die kleine Schweiz ist im globalen Wettbewerb auf tragfähige Beziehungen zur EU angewiesen."
selektives EU-Recht für Marktzugang "Dank der bisherigen, selektiven Übernahme von EU-Recht sichern wir uns den Marktzugang für unsere Exportindustrie."

EU garantiert Frieden "Dank der EU haben wir in Europa seit Jahrzehnten einen stabilen Frieden."

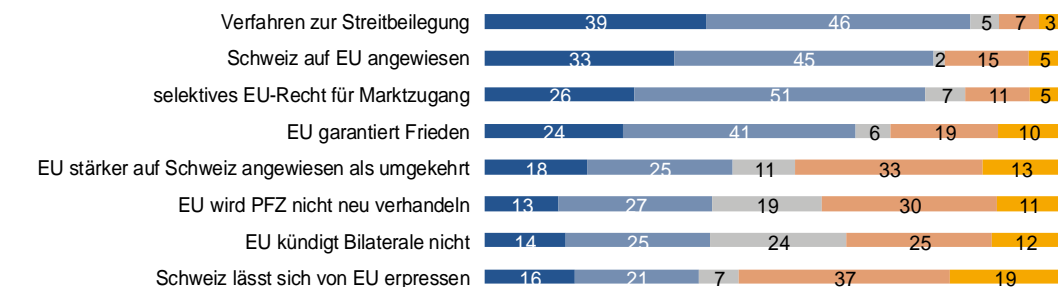
EU stärker auf Schweiz angewiesen als umgekehrt "Die EU ist viel mehr auf eine gute Beziehung mit der Schweiz angewiesen als umgekehrt."

EU wird PFZ nicht neu verhandeln "Die EU wird die Personenfreizügigkeit mit der Schweiz nicht neu verhandeln."

EU kündigt Bilaterale nicht "Die EU würde die bilateralen Verträge sicher nicht kündigen, nur weil die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigt."

Schweiz lässt sich von EU erpressen "Die Schweiz lässt sich von der EU erpressen."

in % Stimmberechtigter



■ voll einverstanden ■ eher einverstanden ■ weiss nicht/keine Antwort ■ eher nicht einverstanden ■ gar nicht einverstanden

© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

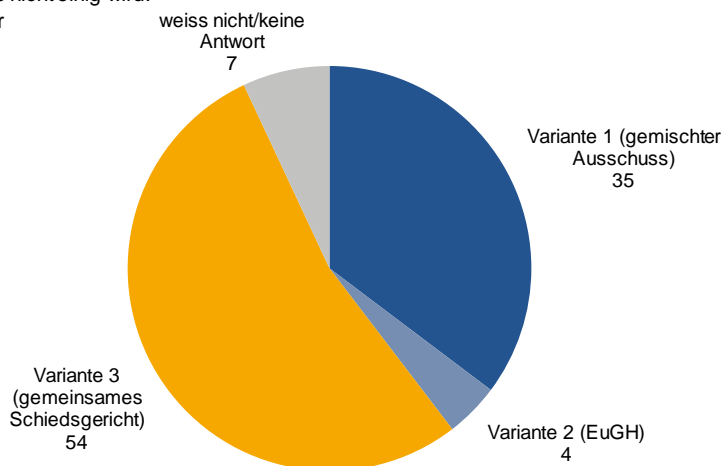
So beobachten wir eine ausgesprochen breite Zustimmung zur Ansicht, dass ein Verfahren zur Streitbeilegung in Sachen Bilaterale Verträgen zentral ist. Nur gerade 10% melden bei einer solchen generellen Ansicht Kritik an.

Grafik 7

Variante Schlichtungsverfahren

"Heute führen die meisten dieser Anpassungen nicht zu Konflikten. Im Falle einer unterschiedlichen Auslegung resp. Streitigkeiten braucht es ein Verfahren zur Schlichtung. Welche der folgenden drei Möglichkeiten entspricht Ihren eigenen Vorstellungen für eine gute Streitschlichtung am besten? In der **Variante 1** werden Konflikte wie bisher im gemischten Ausschuss zwischen der Schweiz und der EU diskutiert. In der **Variante 2** entscheidet am Schluss der Gerichtshof der EU, falls man sich im gemeinsamen Ausschuss nicht einig wird. In der **Variante 3** entscheidet ein gemeinsames Schiedsgericht mit Schweizer- und EU-Richtern, falls man sich im gemischten Ausschuss nicht einig wird."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

Dabei darf das Schlichtungsverfahren explizit weitergehen, als in der bisherigen Regelung vorgesehen. Mehrheiten können sich durchaus vorstellen, den bisherigen gemeinsamen Ausschuss mit einem gemeinsam besetzten Schiedsgericht zu ergänzen. Deutlich keine Mehrheit hat hingegen ohne Überraschung die Übertragung solcher Entscheide an den EUGH.

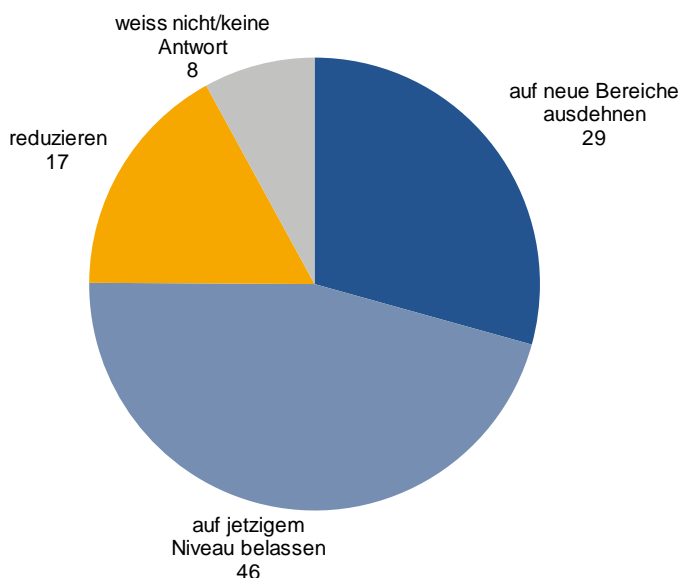
Inhaltliche Entwicklungen der Bilateralen Verträgen nicht Priorität, aber auch nicht ausgeschlossen

Nicht ganz einheitlich beurteilt wird hingegen der Wunsch nach einer inhaltlichen Erweiterung der Bilateralen Verträge:

Grafik 8

Zukünftige Entwicklung Beziehung Schweiz-EU

"Aktuell wird viel darüber gesprochen, wie sich die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU entwickeln könnten. Was ist Ihre ganz persönliche Meinung dazu? Möchten Sie die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf neue Bereiche erweitern, auf dem jetzigen Niveau belassen, oder möchten Sie die vertraglichen Beziehungen reduzieren?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

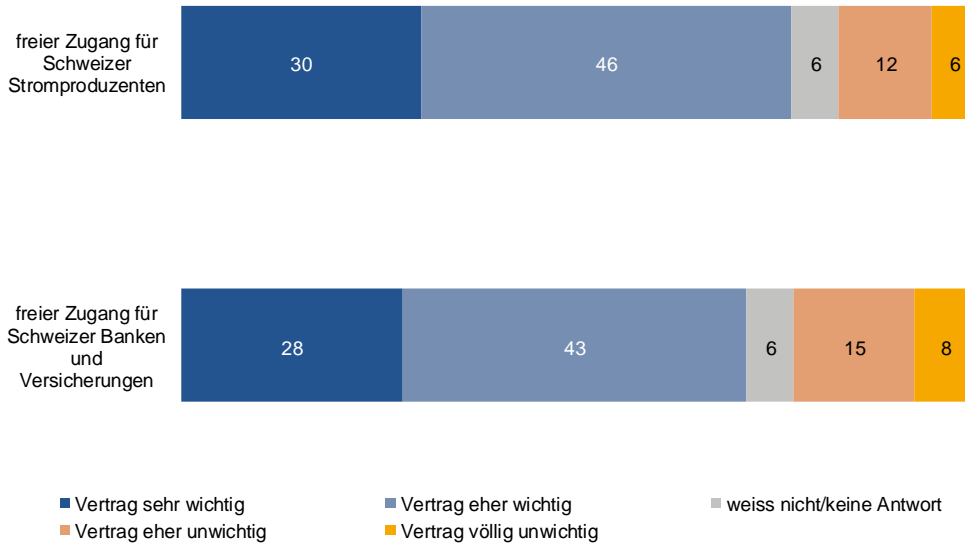
So spricht sich die grösste, aber in absoluten Zahlen nicht mehrheitliche Gruppe für ein Belassen der Verträge auf dem jetzigen Niveau aus, während weder ein Ausbau, noch ein Abbau namhafte Stimmen hinter sich zu scharen weiss. Einig sind sich die Schweizer Stimmberechtigten hingegen in Bezug auf Mitsprache und Gültigkeit.

In Bezug auf konkrete Weiterentwicklungen geniessen sowohl ein Stromabkommen, wie auch ein Abkommen für Versicherungen und Banken mehrheitliche Akzeptanz.

Neue Abkommen

"Aktuell werden in der Schweiz verschiedene neue Abkommen mit der EU diskutiert. Bei einem Abschluss würde wie bei den bisherigen Verträgen auch in diesen Bereichen EU-Recht übernommen. Ich nenne Ihnen nun einige davon und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie einen solchen Vertrag für die Schweiz als sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig halten. Wenn Sie einen Vertrag nicht beurteilen können, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

Sichtbar unterschieden wird dabei nicht, beide möglichen neuen Abkommen werden aus Sicht der Schweizer Stimmberechtigten nicht als problembehaftet taxiert.

Schlussendlich zeigen sich auch leichte Akzeptanzverschiebungen in Bezug auf den generellen Vertragsrahmen:

Trend Szenarien Volksabstimmungen

"Ich nenne Ihnen nun verschiedene Szenarien, über welche das Schweizer Volk bei einer Volksabstimmung abstimmen könnte. Bitte sagen Sie mir zu jedem Szenario, ob Sie bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen sind."

Zusammenarbeit auf bisherigen Bilateralen "die Zusammenarbeit auf der Basis der bisherigen Bilateralen"

neue Teilabkommen, Aktualisierungs- und Schlichtungsverfahren "eine Weiterentwicklung der Bilateralen durch neue Teilabkommen (z.B. Strommarkt) zusammen mit einem Verfahren zur Aktualisierung bestehender und zukünftiger Abkommen sowie zur Streitschlichtung"

EWR-Beitritt "ein EWR-Beitritt"

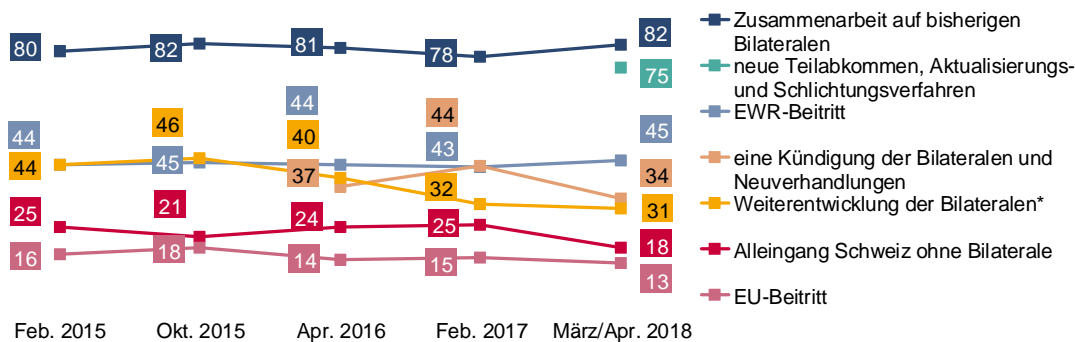
eine Kündigung der Bilateralen und Neuverhandlungen "eine Kündigung der bilateralen Verträge durch die Schweiz und Neuverhandlungen mit der EU"

Weiterentwicklung der Bilateralen* "eine Weiterentwicklung der Bilateralen in Form eines institutionellen Rahmenabkommens, auch wenn damit die Übernahme von EU-Recht und EU-Richtern verbunden ist"

Alleingang Schweiz ohne Bilaterale "ein Alleingang der Schweiz ohne bilaterale Verträge"

EU-Beitritt "ein EU-Beitritt"

in % Stimmberechtigter, Anteil bestimmt/eher dafür



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N jeweils ca. 2500)

* Februar 2015: "eine Weiterentwicklung der Bilateralen, auch wenn damit die Akzeptanz von EU-Recht und EU-Richtern verbunden ist"

Klar im Zentrum des Wunschbilds stehen ungebrochen die bisherigen Bilateralen. 82% aller Schweizer Stimmberechtigten wünschen eine Fortführung der Zusammenarbeit. Marginal weniger Zustimmung findet eine Weiterentwicklung durch neue Teilabkommen, zusammen mit einem spezifizierten Verfahren für Aktualisierung bestehender Abkommen und einer Streitschlichtungsstelle. Alle anderen Weiterentwicklungen, insbesondere auch die Weiterentwicklung Richtung Rahmenabkommen, finden aktuell keine Mehrheiten. Deutlich chancenlos bleiben die beiden Radikalentwicklungen E-Beitritt und Alleingang. Bezeichnenderweise wird der Alleingang gerade auch unter SVP-SympathisantInnen und der EU-Beitritt unter SP-SympathisantInnen mehrheitlich verworfen, während neue Teilabkommen und spezifizierte Schnittstellen zur Weiterentwicklung und Streitschlichtung auch unter SVP-SympathisantInnen mehrheitlich akzeptiert sind.

Initiative zur Kündigung der PFZ ungebrochen chancenlos

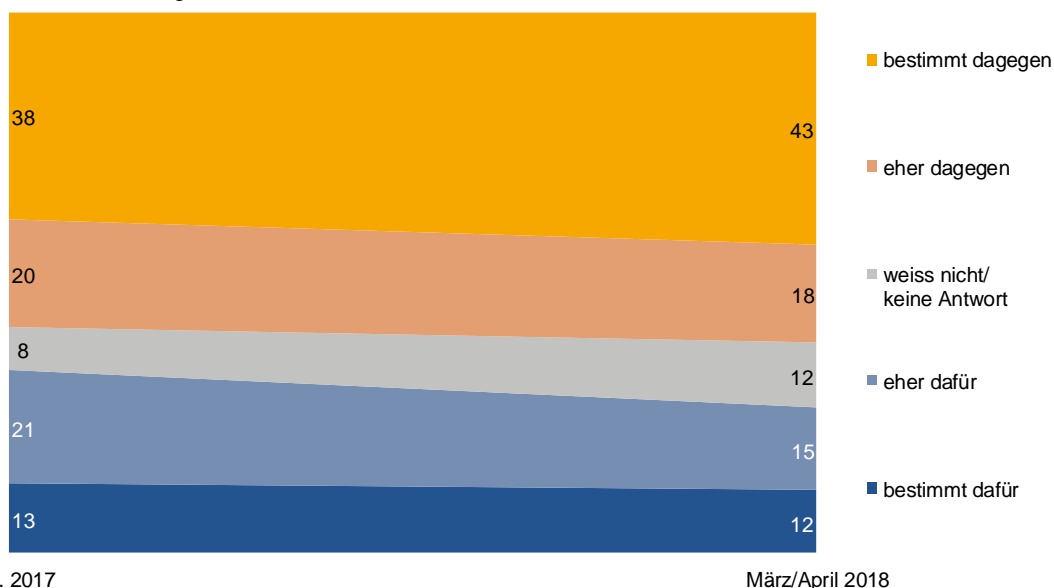
Nach wie vor deutlich nicht mehrheitsfähig wäre eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens (PFZ). Befürwortet würde sie von erodierten 27 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten, abgelehnt von angewachsenen 61 Prozent.

Grafik 11

Filter Trend Persönliche Stimmabsicht VI Kündigung PFZ

"Die SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS haben eine Initiative zur Kündigung des bisherigen Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union lanciert, die sogenannte Kündigungsinitiative. Würde eine solche Kündigungsinitiative zur Abstimmung kommen, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



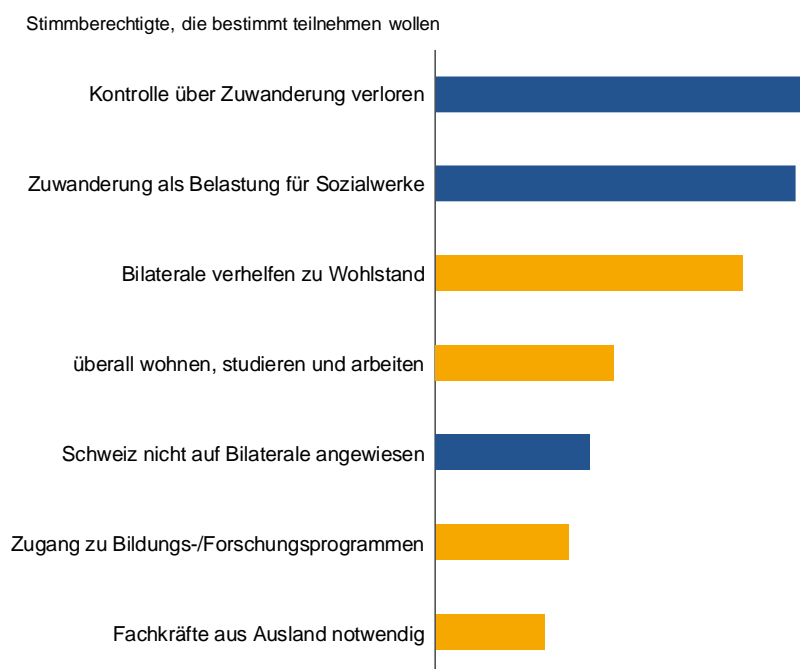
Feb. 2017

März/April 2018

© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (n jeweils ca. 1600)

Einzig an der Basis der SVP und unter Regierungskritischen ergäbe sich eine Zustimmungsmehrheit von 70 Prozent resp. 50%. Gerade die nur knapp gegebene Zustimmung unter Regierungskritischen zeigt auf, an was es der Initiative im Augenblick mangelt: Sie ist aktuell ein gutes Mobilisierungsvehikel für die eigene Wählerschaft, kann darüber hinaus aber nicht zünden. Insbesondere das Potenzial von Protestwählenden ist sichtbar zu wenig angesprochen für eine Mehrheitsfähigkeit, auch fehlt jegliche Ausweitung der Sympathie ins bürgerliche Lager hinein.

Filter Stimmabsicht VI Kündigung PFZ mit Argumenten rund um die Bilaterale



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 1467), Erklärungsgrad 41% (Nagelkerkes R²)

Erläuterung: Die **eingesetzte Methode der linearen Regression** beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente zur Vorlage) auf eine abhängige Variable (Stimmabsicht zur Vorlage). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja- (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabsicht (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Erklären wir die aktuellen Stimmabsichten mit den generellen Argumenten rund um die Bilateralen Verträge, steht der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen der Bilateralen der Angst, die Zuwanderung nicht mehr in Griff zu haben (insbesondere nicht im Bereich Sozialwerke), gegenüber. Aktuell überwiegt diese Nutzensicht klar, weshalb die Ablehnung auch entsprechend deutlich ist.

Patt bei der Selbstbestimmungsinitiative

Weniger klar ist die Situation hingegen bei der Selbstbestimmungsinitiative. Aktuell bewegt dieses Thema noch nicht flächendeckend, nur gerade 32% planen aktuell die Teilnahme an einem entsprechenden Urnengang, was klar unterdurchschnittlich ist. Bezeichnenderweise ist die aktuelle Mobilisierung auch relativ einseitig: SympathisantInnen der SVP und Regierungskritische sind sichtbar stärker mobilisiert als ihre jeweiligen Gegengruppen.

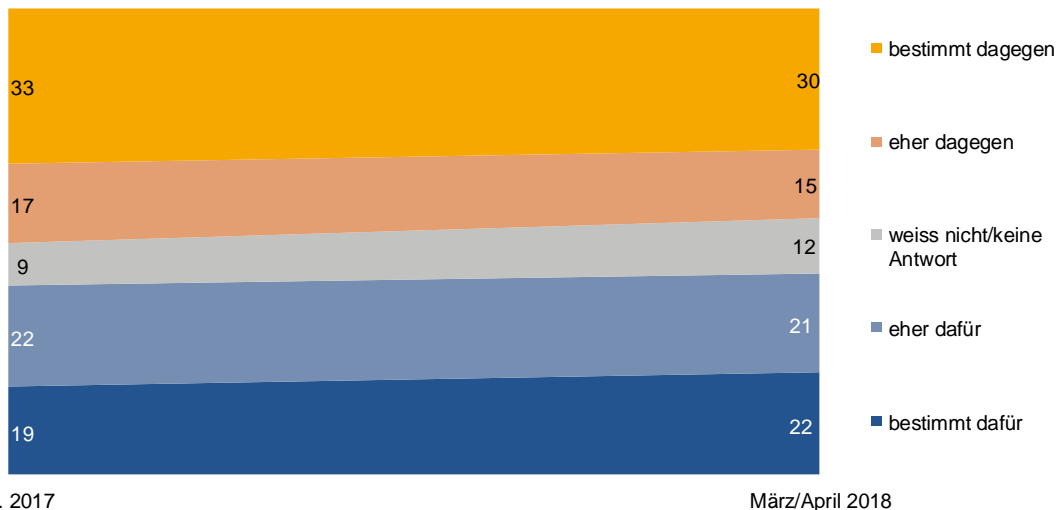
In der Folge ist der Widerstand gegen die Initiative leicht erodiert, während die BefürworterInnen marginal zulegen konnten. Beide Seiten sind nun ungefähr gleich stark, mit einem marginalen Vorteil für die Initiativgegnerschaft.

Auch diese Initiative bezieht den Hauptteil der Zustimmung aus dem Lager der SVP-SympathisantInnen, kann allerdings aktuell von einem leicht angewachsenen (wenn auch immer noch klar minderheitlichen) Zustimmungswert aus dem Lager der FDP-SympathisantInnen profitieren, was die leichte Niveaueverschiebung erklärt.

Filter Trend Persönliche Stimmabsicht Selbstbestimmungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Selbstbestimmungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen*



Feb. 2017

März/April 2018

© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (n jeweils ca. 1500)

* Filterfrage 2017: Teilnahmeabsicht EU-Abstimmung

Auf der argumentativen Ebene setzt sich diese Spaltung in zwei fast gleich grosse Lager fort.

Contra-Argumente Selbstbestimmungsinitiative

"Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man in Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsinitiative hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

gefährdet stabile Beziehungen "Die Initiative gefährdet unsere stabilen vertraglichen Beziehungen mit dem Ausland."

isoliert Schweiz "Die Initiative isoliert die Schweiz international."

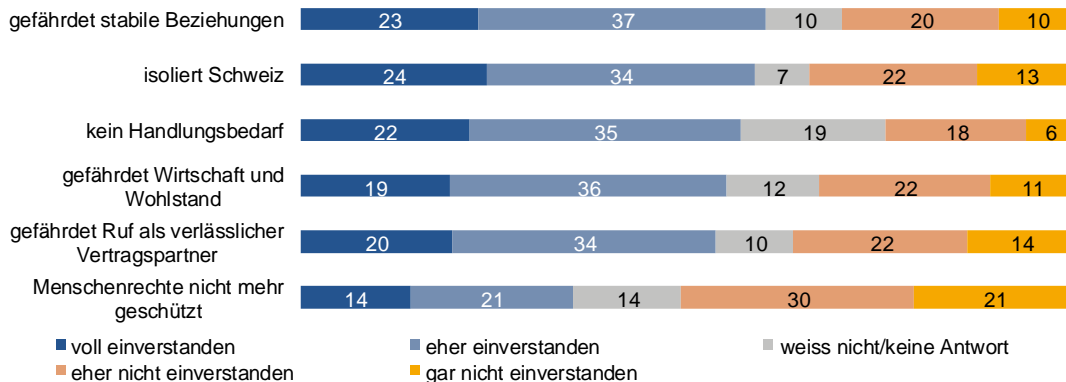
kein Handlungsbedarf "Das Bundesgericht hatte bisher einen pragmatischen Umgang mit dem Völkerrecht. Es besteht kein Handlungsbedarf."

gefährdet Wirtschaft und Wohlstand "Die Initiative gefährdet wichtige Verträge über Freihandel und Investitionsschutz: Das schadet der Wirtschaft und gefährdet den Wohlstand der Schweiz."

gefährdet Ruf als verlässlicher Vertragspartner "Durch die Initiative verlieren wir international unseren Ruf als Vertragspartner, auf den man sich verlassen kann."

Menschenrechte nicht mehr geschützt "Eine Annahme der Initiative führt dazu, dass die Menschenrechte in der Schweiz nicht mehr genügend geschützt sind."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

So verfügt die Gegnerschaft der Initiative einerseits über ein breites Setting an mehrheitlich geteilten Argumente. Diese beginnen mit der Gefährdung der Be-

ziehung zur EU und enden mit einer Gefährdung des schweizerischen Wohlstands und dem Ruf als verlässlicher Vertragspartner. Einzig die Ansicht, dass die Menschenrechte durch die Selbstbestimmungsinitiative gefährdet sind, wird aktuell knappmehrheitlich verworfen.

Grafik 15

Pro-Argumente Selbstbestimmungsinitiative

"Wir haben hier einige Argumente gesammelt, die man in Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsinitiative hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

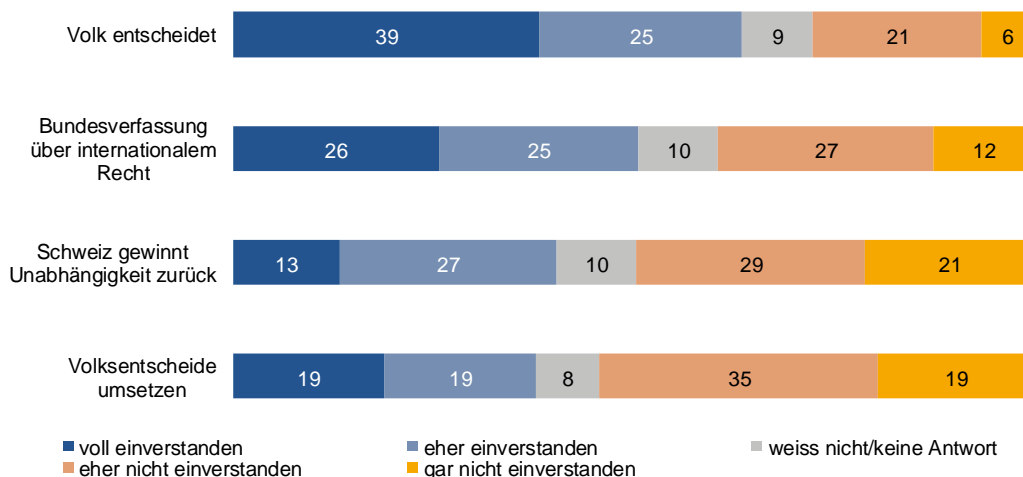
Volk entscheidet "Was in der Schweiz gilt, soll das Volk entscheiden, nicht ausländische Politiker, Richter oder Professoren."

Bundesverfassung über internationalem Recht "Die Schweizer Bundesverfassung muss über dem internationalen Recht stehen."

Schweiz gewinnt Unabhängigkeit zurück "Dank dieser Initiative gewinnt die Schweiz ihre Unabhängigkeit zurück."

Volksentscheide umsetzen "Volksentscheide müssen künftig ohne Wenn und Aber umgesetzt werden, auch wenn sie internationales Recht verletzen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 2500)

Auf der anderen Seite kann sich die Initiativbefürworterschaft nur auf zwei mehrheitlich geteilte Argumente stützen. Am deutlichsten geteilt wird dabei die Ansicht, dass das Schweizer Volk autonom entscheiden können soll und die Bundesverfassung über internationalem Recht steht.

Andererseits profitiert die Befürworterschaft aber davon, dass die eigenen Argumente aktuell sichtbar meinungsbildender sind: So sind die vier meinungswirkksamsten Argumente alle der Befürworterseite zuzuordnen, was in der Summe deren kleinere mehrheitliche Zustimmung sichtbar kompensiert. Die Gegnerschaft hat demgegenüber zwar eine ganze Palette an mehrheitlich geteilten Argumenten, die aber sichtbar weniger Meinungswirkung zu entfachen vermögen. Sinnigerweise ist gerade das meinungswirkksamste Contra-Argument gleichzeitig das einzige Contra-Argument, das nicht mehrheitlich geteilt wird.

Filter Stimmabsicht Selbstbestimmungsinitiative mit Argumenten zur Selbstbestimmungsinitiative

Stimmberechtigte, die bestimmt teilnehmen wollen



© gfs.bern, Zukunft Bilaterale, 5. Welle, März/April 2018 (N = 1277), Erklärungsgrad 59% (Nagelkerkes R²)

Bilanz

Das Bild gegenüber den Bilateralen Verträgen bestätigt sich auch 2018 auf einem mehrheitlichen Niveau. Der Rückgang in der Zuwanderung wird in der Schweizer Stimmberechtigtenerschaft zur Kenntnis genommen und lässt zentrale Kritikpunkte an den Bilateralen Verträgen erodieren. In der Folge sieht man 2018 wieder verstärkt die wirtschaftlichen Vorteile und leicht weniger die gesellschaftlichen Nachteile.

Die Schweizer Stimmberechtigten bestehen dabei keineswegs aus einer Unveränderlichkeit der bisherigen Bilateralen Verträge. Radikale Lösungen in die eine oder andere Richtung haben keine Chance, gewünscht sind Verbesserungen im Bereich Streitschlichtung mit gemeinsamer Rechtsprechung, Weiterentwicklung auf der Ebene Teilabkommen und ein verbindliches, aber nicht automatisches Verfahren in Sachen Weiterentwicklung bisheriger Verträge und Normen. Ein darüberhinausgehendes Rahmenabkommen findet auch 2018 keine Mehrheit.

Die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommt auch 2018 nicht in Fahrt. Die sowieso schon tiefe Zustimmung erodiert weiter, der Initiantenschaft gelingt es aktuell nicht, mehr als ein Mobilisierungsthema für SVP-SympathisantInnen darzustellen. Solange die aktuelle Nutzensicht gegenüber den Bilateralen so meinungsbildend bleibt und sich die gespürte Zuwanderung verringert hat, wird es die Initiative auch weiterhin sehr schwer haben.

Hingegen zeigt sich bei der Selbstbestimmungsinitiative aktuell ein Patt. Beide Seiten sind für ähnlich grosse Lager attraktiv, beide Seite verfügen über griffige argumentative Instrumente um die Schweizer Stimmberechtigten ansprechen zu können. Entsprechend ist die weitere Entwicklung hier unklar, auch wenn es für eine Initiative erfahrungsgemäss ausgesprochen schwer ist, minderheitliche Zustimmung zu Beginn der Hauptkampagne zu mehrheitlicher Zustimmung am Urnengang umzubauen. Die beiden einzigen Initiativen, bei denen dies nachweisbar gelang, waren rechtskonservative Initiativen.

Datenbasis

Die Ergebnisse der fünften Befragung in der Projektreihe "Zukunft Bilaterale" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 2'500 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 9. März und dem 13. April 2018 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dualframe-Verfahrens via Festnetz und Handy.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2

Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 2'500	±2.0 Prozentpunkte	±1.6 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen gewichtet, eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

Anhang

gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Lehrbeauftragter an der Kalaidos Fachhochschule

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



ALEXANDER FRIND

Junior-Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

